

Schluss mit dem Krieg der Türkei gegen die eigene Bevölkerung! Stoppt das Erdogan-Regime! Stoppt Merkel und die EU!

NEIN zum EU-Erdogan-Deal !

Für eine Abschottung der Grenzen zu Griechenland als „Schutz“ Europas vor weiteren Menschen auf der Flucht erhält die Türkei umfassende politische und finanzielle Unterstützung: Visa-Erleichterungen für Geschäftsleute und intensivere Verhandlungen um einen EU-Beitritt. Diese Zugeständnisse drücken vor allem ein öffentliches Zustimmen, zumindest Schweigen aus zu den unvorstellbaren Menschenrechtsverletzungen durch die AKP-Regierung und ihrer Kriegsführung gegen die kurdische Bevölkerung.



Angela Merkels Besuch bei Recep Tayyip Erdogan am 18.10.2015 war ihr persönliches Wahlkampfgeschenk an ihn. Die dort zugesagten finanziellen Hilfen, 3 Milliarden Euro und Visaerleichterungen hat die EU Ende November in ihrem Pakt mit dem türkischen Premierminister Ahmet Davutoglu besiegelt.

NEIN zum KRIEG IN ROJAVA!

Im Oktober 2014 setzten Menschen in vielen Städten der Bundesrepublik, auch in Münster, ein lautstarkes Zeichen für Solidarität mit dem belagerten Kobane- das es als einzige Stadt schaffte, sich gegen die Angriffe des IS zu verteidigen.

Kobane wurde nicht nur zum Symbol des Widerstands gegen den Terror, sondern war und ist Ausdruck der Hoffnung und der Möglichkeit eines multiethnischen, basisdemokratischen und anti-patriarchalen Gesellschaftsmodells:

Mitten im Bürgerkrieg Syriens war es 2012 gelungen, dass diese lange vorbereiteten, basisdemokratischen Strukturen als Region Rojava (der Name für Westkurdistan in Syrien) ihre Selbstverwaltung erklärte und mit dem Aufbau zivilgesellschaftlicher Einrichtungen umsetzte. Dabei ist die Befreiung der Frau und ihre aktive Beteiligung in allen Gremien ein zentraler Aspekt.

Die 3 Kantone Rojawas, in der strategisch wichtigen Grenzregion Nordsyriens zur Türkei gelegen, waren bei der Ausrufung der Selbstverwaltung räumlich nicht verbunden und so verstärkten die Angriffe des IS wie auch dem Embargo durch die Türkei ausgesetzt. Nun sind Kobane als mittlerer und Cizire als der östliche, an den Irak grenzende Kanton verbunden. Lieferungen aus dem Irak können auch den Kanton Kobane erreichen und damit die Embargopolitik der Türkei umgehen.

Vor allem ist damit militärisch auch die Nachschublinie des IS aus der Türkei in ihre „Hauptstadt“ Al Raqqah unterbrochen! Dies ist der Hintergrund der von der Türkei geforderten sogenannten „Sicherheitszone“ in Nordsyrien: Sie soll in der noch vorhandenen Lücke zwischen Kobane und dem westlich davon gelegenen Kanton Afrin entstehen. Würden alle drei Kantone Rojawas verbunden, wäre dies nicht nur eine militärische und wirtschaftliche Stärkung Rojawas, sondern damit würde auch die wichtigste noch verbliebene Nachschublinie der Islamisten über die Türkei versperrt.

Offener als durch den türkischen Ministerpräsidenten Davutoglu Ende Oktober lässt sich das nicht sagen: „Wir haben zwei Mal die PYD beschossen. Sie wird sich nicht in den Westen des Euphrats voran bewegen. Sollte sie es dennoch versuchen, werden wir sie wieder beschießen“. Der türkische Ministerpräsident bestärkt, dass er dem IS gegen die Angriffe von kurdischen Einheiten zur Seite steht.

In diesem Zusammenhang müssen auch die grenzüberschreitenden Bombardierungen des türkischen Militärs gegen die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) gesehen werden, mit denen die Türkei offiziell den Friedensprozess beendete. Die PKK, die sich seit dem Waffenstillstand 1999 mit ihren Guerilla-Einheiten in die Kandil Berge im Nordirak zurückgezogen hat, ist eine bedeutende Kraft im Kampf



gegen den IS, was in der Befreiung der vor dem IS in die Berge des Shengal geflohenen Yezid_innen im Sommer 2014 weltweit sichtbar wurde. Mit der Bekämpfung der PKK unterstützt die Türkei auch den IS.

Die Türkei, NATO-Partner und Deutschlands engster Verbündeter in der Region, unterstützt vor den Augen der Weltöffentlichkeit den IS, also die Organisation, bei deren Bekämpfung nun auch deutsche Soldaten eine aktive Rolle einnehmen.

Mit dieser Regierung hat die EU also unter der Federführung Deutschlands ein Abkommen zur Abschottung Europas vor flüchtenden Menschen unterzeichnet. Zu dieser strategischen Partnerschaft mit der Türkei gehört das Schweigen über den Krieg, die Menschenrechtsverletzungen wie die Entdemokratisierung.

NEIN zum Krieg in der Türkei

Die türkische AKP- Regierung verstärkt währenddessen ihre Repressionspolitik gegenüber den KurdInnen und allen demokratischen TürkInnen. Kurdische Städte werden belagert, Menschen



- **Stopp dem Staatsterror in der Türkei!**
- **Keine Militärhilfe an die Türkei!**
- **Solidarität mit den Kräften in der Region, die sich für Freiheit, Demokratie und Selbstverwaltung einsetzen!**
- **Grenzen auf für Flüchtlinge! Die EU muss die geflüchteten Menschen aus der Region aufnehmen und schützen!**
- **Grenzen auf nach Rojava! Unterstützt den Wiederaufbau der demokratischen Selbstverwaltung dort!**
- **Gegen die Militarisierung der Region durch militärische Unterstützung für die Türkei oder Bundeswehreinätze in Syrien!**
- **Für die Anerkennung der autonomen Gebiete von Rojava und der Selbstverteidigungskräfte dort durch BRD und EU!**
- **Schluss mit dem PKK-Verbot!**

ermordet und vertrieben. Der Forderung nach Frieden wird mit Repressionen, Inhaftierungen und Morden entgegen. So zuletzt gegen 1128 Akademikerinnen und Akademikern, die einen Aufruf zum Ende des Krieges gegen die KurdInnen aufforderten. Die Kampagne, welche unter dem Namen ‚Akademiker_innen für den Frieden‘ auftritt, kritisierte scharf das Vorgehen gegen die Bevölkerung der Städte und Stadtteile Sur, Silvan, Nusaybin, Silopi und vieler anderer Orte und thematisierte die Angriffe mit schweren Kriegswaffen, die Ausgangssperren und die damit zusammenhängenden Probleme mit Hunger, medizinischer Versorgung und Einschränkung bzw. Aufhebung des Rechts auf Leben und Sicherheit, des Verbots von Folter und Misshandlung, wie sie in internationalen Konventionen garantiert sind. Erdogan reagierte darauf so:

„Dies [der Appell, Anm. d. Üs.] ist keine Angelegenheit der Meinungsfreiheit. Sie haben kein vaterländisches oder nationales Anliegen. Sie wollen nur unser Land, unser Vaterland ins Chaos stürzen und streben danach, diese Nation gegen sich selbst aufzubringen. Dies ist sicherlich keine Frage der Demokratie, der Rechte und Freiheiten, der Freiheit der Meinung und der Gedanken. Es ist eine Frage des Bestehens unseres Staates und unserer Nation... ...Ich gehe davon aus, dass unsere betreffenden Institutionen entsprechend unserer Verfassung und den Gesetzen , gegen diesen offen verbrechensfördernden Verrat das Notwendige tun werden.“

Die Rechtsstaatlichkeit und Meinungsfreiheit sind außer Kraft gesetzt. Jede Kritik an dem Staatspräsidenten Erdoğan führt zu Ermittlungsverfahren. Protestaktionen und Demonstrationen werden unter Einsatz von Tränengas und Polizeigewalt aufgelöst. Demokratische Organisationen wie die Demokratische Partei der Völker (HDP) werden verfolgt und sollen verboten werden.

Demonstration
Samstag, 23.01. 14.00 Uhr

Münster
Stadthaus I - Stubengasse

DKGZ e.V.

odak Kulturzentrum e.V.

